



FDP Fraktion im Kreistag, Bürger Landstr 58, 29227 Celle

Herrn  
Landrat Flader  
Trift 26  
29221 Celle



Celle, 10.10.2023

Sehr geehrter Herr Landrat Flader,

die Gruppe „Gemeinsam für Fortschritt“ stellt folgenden Antrag zur Beschlussfassung im Kreistag:

Der Landkreis Celle richtet ein Förderprogramm für die Städte und Gemeinden des Landkreises Celle zur Förderung der Straßenunterhaltung sowie der Straßenerneuerung bei dem gleichzeitigen Verzicht auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ein.

Der Landkreis Celle stellt dabei in jedem Haushaltsjahr einen festen Betrag von Fördermitteln in Höhe von 2,0 Millionen Euro bereit. Dieser wird anteilig an die Städte und Gemeinden vergeben, die im jeweiligen Haushaltsjahr keine Straßenausbaubeiträge erheben. Die Verteilung der Fördermittel erfolgt anteilig bezogen auf die Länge der jeweiligen Gemeindestraßen im Verhältnis zur Gesamtlänge aller Gemeindestraßen im Landkreis Celle.

Die Gemeinde entscheidet, ob die Förderung für Unterhaltungs- oder Erneuerungsmaßnahmen genutzt werden soll.

Das Förderprogramm muss die nachfolgenden Eckpunkte berücksichtigen:

- die Aufgabenwahrnehmung durch die Städte und Gemeinden verändert sich nicht. Sie planen, organisieren und finanzieren weiterhin in eigener Verantwortung ihre Maßnahmen zu Lasten ihres eigenen Haushaltes.
- die Verwaltungsaufgaben des Landkreises erstrecken sich lediglich auf die Erarbeitung der Regeln und Eckpunkte des Programms und auf die Zuordnung der Fördermittel an die Städte und Gemeinden.
- Alle Kommunen, die im jeweiligen Haushaltsjahr keine Straßenausbaubeiträge erheben und ihre diesbezügliche Satzung aufgehoben haben, werden begünstigt.
- Die Mittel werden an die begünstigten Kommunen im Verhältnis der jeweiligen Länge der Gemeindestrassen zueinander vergeben.
- Gemeinden, die im Laufe eines Haushaltsjahres eine neue Straßenausbaubeitragssatzung aufstellen, müssen die gewährten Gelder für das gesamte Haushaltsjahr zurückzahlen.

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Förderrichtlinie zu erarbeiten und dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen.



## **Begründung:**

Jahrelang warten die Bürgerinnen und Bürger, aber auch alle Kommunen auf die Abschaffung einer elementaren sozialen Ungerechtigkeit durch das Land Niedersachsen. Andere Bundesländer haben bereits seit Jahren darauf reagiert und die Kosten für die kommunale Straßensanierung im Einvernehmen mit den Kommunen geregelt und sind ihrer Verantwortung nachgekommen. Trotz jahrelanger Diskussion, unzähliger kommunaler Resolutionen und von Bürgerinitiativen eingereichten Petitionen gibt es vom Land Niedersachsen keine Lösung.

Nach dem Kommunalabgabengesetz können Gemeinden in Niedersachsen für den Ausbau öffentlicher Straßen, Wege, Plätze, selbständiger Parkflächen und Grünanlagen Beiträge von anliegenden Haus- und Grundbesitzern erheben. Bei einer knappen Haushaltslage werden sie von der Kommunalaufsicht dazu sogar verpflichtet.

Die finanzielle Leistungsfähigkeit der betroffenen Eigentümer bleibt bei der Höhe der zu entrichtenden Beiträge vollkommen unberücksichtigt. Sie stellen deshalb ein unkalkulierbares finanzielles Risiko dar.

Wir packen es jetzt an und stellen für die Kommunen eine Möglichkeit zur Verfügung, um auf die Erhebung der Straßenausbaubeiträge zu verzichten. Auch bei engen Haushaltslagen einer Kommune kann die Kommunalaufsicht dann keine Verpflichtung zur Erhebung mehr aussprechen.

Der Landkreis unterstützt die Gemeinden, die auf die Beiträge verzichten, durch ein Förderprogramm. Damit werden die Kommunen von der Verpflichtung, einige Bürger mit unkalkulierbaren finanziellen Belastungen zu belegen, befreit.

Die finanzielle Höhe des Förderprogramms wird vom Kreistag festgesetzt und soll solange fortgesetzt werden, bis das Land Niedersachsen seiner finanziellen Verantwortung gegenüber den Gemeinden nachkommt. Dadurch wird die finanzielle Unterstützung durch den Landkreis überflüssig gemacht.

Der Landkreis Celle wird sich beim Land Niedersachsen dafür einsetzen, dass das Land endlich seiner Verantwortung nachkommt. Der Landrat wird aufgefordert, hierzu mit anderen Landkreisen gemeinsam auf das Land zuzugehen.

Mit freundlichen Grüßen,

*Jutta Krumbach*

Für die Gruppe „Gemeinsam für Fortschritt“